

Dienstag, den 24. März

1896.

Gescheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementssatz in Thorn bei der Expedition
Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Post-
anstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Insertionsgebühr

die gespaltene Petitzelle über deren Raum 10 Pf.
Annonsen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Sieb, Koppernitschstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Führich. Ino-
warzlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke.
Graudenz: Der "Gesellige". Lautenburg: M. Jung.
Gollub: Stadtmäurer Amt.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Aufschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasestein und Vogler,
Rudolf Moos, Invalidenstr. 6. S. L. Danne u. Co. u. sämmtl. Filialen
dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg,
München, Hamburg, Königsberg etc.

Für das nächste Quartal
bitte die Erneuerung des Abonnements
auf die

"Thorner Ostdeutsche Zeitung"
nebst Illustrirter Sonntagsbeilage
möglichst bald

zu bewirken, damit beim Beginn des
nächsten Quartals eine unliebsame Unter-
brechung in der Zustellung durch die Post
vermieden wird.

Man abonniert auf die

"Thorner Ostdeutsche Zeitung"
bei allen Postanstalten, Landbriefträgern,
in den Depots und in der
Expedition,
Brückenstraße Nr. 34, parterre
zum Preise von
1 Mark und 50 Pf.
(ohne Bringerlohn).

Das Reichstags-Jubiläum.
Am Sonnabend Nachmittag wurde der
25jährige Gründungstag der ersten Sitzung
des Deutschen Reichstags durch ein Bankett be-
feißen, wodurch in dem prächtig geschmückten
und glänzend erleuchteten Kuppelbau der Wandel-
halle des Reichstagsgebäudes stattfand.
122 Mitglieder des Reichstages aus früheren
Wahlperioden hatten sich eingefunden.

Kurz vor 6 Uhr begrüßte Vizepräsident
Schmidt die 41 Ehrengäste, die 1871 dem
Reichstage angehört hatten, indem er mit e'nen
kurzen Rückblick auf die Zeit vor 25 Jahren
begann, als es die Aufgabe des damaligen
Reichstages war, dem Errungenen den rechten
Wert zu verleihen. Redner bezeichnete die
Kämpfe unserer Tage als notwendig, wenn sie
auch nicht unmittelbare Früchte tragen.
Dauernde Einrichtungen, welche der Zeit trocken,
können nur bei Austausch der Meinungen in
den Kämpfen errungen werden. Über den
Kämpfen des Tages aber sieht das Interesse
des Vaterlandes, die Wohlfahrt des ganzen
Volkes. Eine Gefährdung des Bestandes oder
der Machtstellung des Reichs würde von neuem
den glimmenden Funken zur lodernenden Flamme
der Begeisterung ansachen und wiederum würde
nur ein Wille ein einheitliches Volk beseelen.
Ja diesem Sinne begrüßen die jüngeren Kampf-
genossen ihre Veteranen.

An dem Festmahl in der Wandelhalle
nahmen im Ganzen 370 Gäste teil. Neben
jedem Couvert befand sich in geschmackvollem
Einband ein Heft mit Erinnerungsblättern.
Gleich nach dem ersten Gang ("deutsche Reichs-
kraftbrühe mit Mark") brachte Präsident Frhr.
v. Bülow den offiziellen Toast auf den Kaiser aus.
Er gedachte darin in längerer Rede der
großen Zeit vor 25 Jahren, der verbündeten
Fürsten, der Thätigkeit des Reichstages und der
Mitwirkung des gesamten Volkes. Darauf erhob
sich Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der als
Ehrengast anwesend war, und sprach über die
Entstehung des Reichs und dessen weitere Ent-
wicklung, gedachte dabei besonders der Rat-
geber des Kaisers Wilhelm I. und brachte
schließlich ein Hoch auf den letzten dieser Rat-
geber, Fürst Bismarck, aus.

Vom Reichstage.

46. Sitzung vom 21. März.

Auf der D. T. steht die Beratung des gestern an die
Budgetkommission zurückgewiesenen Gesetzes nebst
den noch unerledigten Staatsanträgen.

Die Kommission beantragt, dem zu dem Gesetzes-
gestellten Antrag Lieber bezüglich der Tilgung der
Reichsschuld unverändert die Zustimmung zu geben.
Abg. Lieber (Bentr.) teilt als Referent der
Kommission mit, daß der Staatssekretär Graf

Posadowski in der gestrigen Kommissionssitzung er-
klärt habe, der Bundesrat werde sich über die Sache
erst am Montag schließen machen, es sei aber anzunehmen,
daß die Mehrheit der verbündeten Re-
gierungen dafür sein werde, dem Reichstage ein Ge-
setz vorzulegen, das dem Gedanken, die Hälfte der
Überschüsse der Ueberweisungen über die Maritular-
beiträge zur Schuldenentlastung einzubehalten, Rechnung
tragen würde; die preußische Regierung sei bereit,
einem Gesetzentwurf zuzustimmen, welcher die Ueber-
schüsse für 1896/97 zu zulassen einbehält. Angesichts
dieser Erklärung habe die Mehrheit der Kommission
beschlossen, für die zweite Lesung des Gesetzes die An-
nahme des Antrags Lieber zu empfehlen und eine Ver-
ständigung mit dem Bundesrat für die dritte Lesung
vorzubehalten.

Abg. Richter (frs. Volksp.) betont, der gegen-
wärtige Zustand sei insofern widerfällig, als wir
eineseits durch Anleihen die Schulden vermehrten,
andererseits den Einzelstaaten Ueberschüsse heraus-
zahlten. Diesen widersinnigen Zustand wolle der An-
trag Lieber verbessern, und deshalb erscheine ihm,
dem Redner, der Antrag gegenwärtig zweckmäßig.
Das Gesetz mit dem Vorschlag der Kommission
bezüglich des Antrags Lieber wird angenommen;
auch die übrigen Staatsanträge werden erledigt. Damit
ist die zweite Beratung des Reichshaushaltsgesetzes be-
endet.

Nächste Sitzung Montag: Dritte Lesung des
Reichshaushaltsgesetzes.

Vom Landtage.
Haus der Abgeordneten.

48. Sitzung vom 21. März.

Auf der Tagesordnung stehen nur Berichte über
eine Anzahl Petitionen.

Eine Petition von Gemeindefürstern um Auf-
besserung ihrer Dienstekommensverhältnisse wird der
Regierung als Material überwiesen, ebenso eine Pe-
tition wegen Fürsorge für die Hinterbliebenen der
Volkschullehrer und eine andere wegen Befreiung der
Mittlerantikeiter von Beiträgen zu Schulfesten.

Bei der Beratung von zwei Petitionen um Be-
sichtigung der Maschinenstrickerei in Buchthäusern und
Gefängnissen fordert

Abg. v. Brochhausen (f.) eine einheitliche Ver-
waltung der Gefangenanstalten, damit überall die
Konkurrenz der Gefangenarbeit mit dem freien Ge-
werbe und das Unternahment bei der Gefangen-
arbeit beseitigt würden. Der Redner spricht sich weiter
für das System der Deportation aus, ebenso der
Abg. Pleb (Btg.)

Abg. Meissner (Btr.) legt dar, daß die Notlage
des Handwerks eine Beschränkung der Gefangenarbeit
dringend fordere.

Geh. Ober-Reg.-Nat Krohne legt dar, daß die
geringen Löhne für Gefangenarbeit, über welche ge-
klagt werde, nur für Staatsaufträge gelten, wobei
es zwecklos sein würde, ein Ressort zu Gunsten des
anderen zu beladen. An dem Unternehmertum sei den
Gefangenewartungen gar nichts gelegen, sie möchten
es je eher, desto lieber loswerden. Die bei den Ver-
waltungen von Gefangenissen beteiligten Ressorts des
Innern und der Justiz gingen durchaus gleichmäßig
und stets im Einvernehmen mit dem Handelsministerium vor.

Die Frage der Deportation gehörte eher vor den
Reichstag als hierher; doch solle man nicht glauben,
daß dies System billiger sein werde; in Neukaledonien
 koste jeder Deportierte jährlich den französischen Staat
 2000 Frank. Auf dem vorjährigen internationalen
 Gefangenenkongress zu Paris hätten sich nur französische
 und einige russische Vertreter für die Deportation aus-
 gesprochen. Die Petition wird auf Antrag des

Abg. v. Brochhausen (f.) der Staatsregierung
zur Erwähnung überwiesen.

Die Petition der Landgemeinde Moder um Er-
gänzung des § 53 des Kommunalabgabengesetzes wird
der Staatsregierung als Material überwiesen; die
Petition des Zentralverbandes der Gemeindebeamten
Brauerei um Verbesserung der Lage der Gemeinde-
beamten und ihrer Hinterbliebenen teils zur Verüf-
fichtigung, teils als Material.

Nächste Sitzung Montag: Petitionen; erste Lesung
des Anerbenrechtes.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. März.

Am Freitag fuhr der Kaiser bei der
italienischen Botschaft vor und hatte eine nahezu
einstündige Unterredung mit dem Botschafter
Grafen Lanza. Am Sonnabend früh besichtigte
Seine Majestät in Potsdam die Leibkompanie
und die 4. und 5. Kompanie des ersten Garde-
regiments. An die Besichtigung schloß sich ein
Parademarsch. Inzwischen war das Leib-
Garde-Husaren-Regiment alarmiert worden. Der
Kaiser schritt die Front ab und ließ dann
Exerzier-Uebungen vornehmen.

Die Kaiserin besuchte am Freitag
Vormittag den Bazar zum Besten der Kaisers-
werther Diakonissenanstalt, Wilhelmstraße 79,
und erteilte nach Rückkehr in das königliche

Schloß dem rumänischen Gesandten Beldiman
die nachgesuchte Antrittsaudienz.

— Die Meldungen über die eventuelle Er-
nennung des Erzbischofs v. Stablewski
zum Kardinal werden jetzt dementirt. Aus
Berlin wird darüber geschrieben: Ein fiktives
Hin und Her von Nachrichten und Gerüchten
umgiebt die Geschichte der angeblich bevor-
stehenden Verleihung der Kardinalswürde an
den Erzbischof v. Stablewski. Die erste bezüg-
liche Nachricht tauchte in der "Kreuzzeitung"
auf. Dann erschien sie in der "Weferzeitung"
mit dem eigentümlichen Zusage, daß der Kaiser
selber den Kardinalshut für den Erzbischof von
Posen und Gnesen wünsche, eine Meldung,
deren Unglaublichkeit auf der Hand lag. Jetzt
sollen nicht nur die erwähnten Nachrichten,
sondern auch die Einschränkung nicht wahr sein,
daß der Kaiser auf entsprechende Anfrage aus
Rom erwidert habe, er mache gegen die dem
Erzbischof v. Stablewski zugedachte Auszeichnung
keine Einwendungen. — Wie nun unter dem 21.
v. d. M. dem Klerikalen "Kuryer Poznanski" aus
Rom gemeldet wird, ist die Nachricht der Ver-
leihung der Kardinalswürde an den Erzbischof
v. Stablewski vollständig unbegründet.

— Die Reichs einnahmen vom 1. April
1895 bis Ende Februar d. Js., also für die
ersten 11 Monate, ergeben bei den Ift-Ein-
nahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern
gegenüber dem Vorjahr ein Plus von
16 117 178 Mark, darunter bei den Zöllen
18 484 978 Mark. Die Soll-Einnahmen weisen
ein Plus von 26 126 849 Mark auf, darunter
bei den Zöllen von 23 281 674 Mark. Das
Plus der Post und Telegraphenverwaltung
gegen das Vorjahr beträgt 16 425 034 Mark
oder 6 p.C., das Plus der Reichseisenbahnen
4 814 000 Mark oder 8 p.C. Die Stempel-
steuern ergeben für die 11 Monate im Ver-
hältnis zum Vorjahr folgende Beträge: a. Wert-
papiere 14 313 864 Mark (+ 6 197 000 M.),
b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte
18 702 594 Mark (+ 4 263 895 Mark),
c. Lose zu: Privatlotterien 2 944 511 Mark
(+ 784 916 Mark), Staatslotterien 13 663 098
Mark (+ 4 333 472 Mark), Spieltarienstempel
1 293 755 Mark (+ 20 551 Mark), Wechsel-
stempelsteuer 7 961 053 Mark (+ 489 586 M.)

— Der Abschluß des deutsch-japanischen
Handelsvertrages ist, wie der "Hamb.
Korr." hört, nach dem derzeitigen Stand der
Verhandlungen in Bälde zu erwarten.

— Der deutschen Regierung ist der "Schles.
Btg." zufolge von dem japanischen Gesandten
Vicomte Nogi im Auftrage des Auswärtigen
Amtes zu Tokio mitgeteilt worden, daß die mit
Deutschland bezüglich der japanischen
Vertragshäfen abgeschlossene Konvention
jetzt auch auf die vier Hafenplätze Formosas
und die Hauptstadt Taiwan ausgedehnt werden sei.

— Die Börsegesetzkommission des
Reichstags hat am Sonnabend Vormittag die
zweite Lesung der Vorlage beendet. § 72a er-
hielt folgende Fassung: „Wer für Mitteilungen
in der Presse, durch welche auf den Börsenpreis
eingewirkt werden soll, Vorteile gewährt oder
verspricht, oder sich Vorteile gewähren oder ver-
sprechen läßt, welche in auffälligem Mißverhältnis
zu der Leistung stehen, wird mit Gefängnis bis
zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe
bis zu fünftausend Mark bestraft. Die gleiche
Strafe trifft denjenigen, der sich für die Unter-
lassung von Mitteilungen der bezeichneten Art
Vorteile gewähren oder versprechen läßt. Der
Versuch ist strafbar. Sind mildernde Umstände
vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geld-
strafe erkannt werden.“

— Der in der Freitagssitzung des Reichs-
tags der Budget-Kommission überwiesene
Antrag Lieber betrifft die Schuldenentlastung des
Reiches und gelangte unverändert an das Plenum
zurück und wurde am Sonnabend von diesem
unter dem von der Kommission gemachten Vor-
behalt angenommen, daß bis zur dritten Lesung
ein Einverständnis zwischen Reichstag und Re-
gierung erzielt wird.

— Wie eine Berliner Telegraphenagentur
mitteilt, erklärte Staatssekretär Nieberding
einem Mitgliede der Kommission für das
Bürgerliche Gesetzbuch gegenüber, daß für die
verbündeten Regierungen das ganze Bürger-
liche Gesetzbuch unannehmbar werden
würde, wenn der Antrag der Konservativen und
des Zentrums, wonach die obligatorische
Zivilehe aufgehoben und dafür die fakultative
eingeführt werden soll, angenommen werden sollte.
Eine entsprechende Erklärung soll demnächst im
"Reichsanzeiger" erfolgen.

— Für die Provinz Hessen-Nassau
wird nach den "B. P. N." nicht nur der
Entwurf einer neuen Landesordnung
sondern auch ein solcher für eine
neue Stadtordnung ausgearbeitet. Ob
die Entwürfe dem Landtag in der laufenden
Tagung werden unterbreitet werden können,
bleibt zweifelhaft.

— Abg. Frhr. v. Langen erklärt in
einer Botschaft an das "Berl. Tagebl.", die
Angaben, die Karl Paasch in seiner
Brochüre gemacht habe, seien lediglich Produkte
frankfurter Wahnvorstellungen. Auch der Abg.
v. d. Gröben-Arenstein erklärt die ihm von
Paasch in den Mund gelegten Neuheiten für
feste Erfindungen.

— Vor einigen Wochen ging durch die
Presse die Nachricht, Stöcker habe wegen des
gegen ihn erhobenen Vorwurfs der "Doppel-
züngigkeit" Strafantrag gegen die "Tilsiter
Zeitung" gestellt. Bisher hatte Stöcker grund-
sätzlich eine gerichtliche Klärung der gegen
ihn erhobenen Angriffe vermieden, deswegen
erregte die Meldung einiges Aufsehen. Stöcker
hat sich aber eines andern besonnen, trotzdem
der Vorwurf der Doppelzüngigkeit von dem ge-
nannten Blatt gegenüber einer Berichtigung
Stöckers vollständig aufrecht erhalten wurde.
Der Rechtsbeistand Stöckers, Rechtsanwalt
Meyer in Tilsit, teilte dieser Tage dem ver-
antwortlichen Redakteur der "Tilsiter Zeitung"
auf Anfrage nach dem Verbleib der Klage-
zustellung mit, daß er sowohl wie seiner
Leberzeugung nach auch Hofprediger a. D.
Söder "keine Freude von Privati-
klagen der Art auf politischem Gebiet" seien,
und "die Privatklage daher nicht erhoben werden
würde!"

— Die Enthebung des Pfarrers
Witte von seinem bisherigen Amt an St.
Golgatha in Berlin ist durch den Oberkirchenrat
bestätigt worden unter Bewahrung der
Rechte des geistlichen Standes für Pfarrer
Witte.

— Wie groß Peters' Verschulden ist,
geht aus folgendem Schreiben hervor, welches
der Afrikareise und Missionär Warneck
im "Reichsboten" veröffentlicht: "Für die
Abneigung der Eingeborenen am Kilimandscharo
gegen die Deutschen und die traurigen dortigen
Kämpfe einen englischen Sündenbock zu suchen,
ist ganz unnötig. Das Verhalten des Herrn
Peters erklärt alles mehr als genügend. Einer
unser trefflichen Kolonialbeamten, Herr v. Els,
der vor Peters am Kilimandscharo war, hat
schon vor Jahren die öffentliche Anklage wider
diesen erhoben. Er schrieb damals: 'Vor Gott
und Menschen sind Sie, Herr Doktor, verant-
wortlich für den Tod unserer Kameraden,
unserer braven Soldaten und Hunderter von
Eingeborenen.' Eine noch autoritativere Quelle
sagte dasselbe noch viel entschiedener. Ich lasse
weg, was dieselbe über die Hinrichtungen des
Dieners und der Konkubine von Peters mitteilt,
auch war es wenig Erbauliches; ich berichte
nur: 'Peters hatte, ehe er ging (er hatte seine
Abberufung vom Kilimandscharo beantragt), den
eingeborenen Häuptlingen mitgeteilt, er habe sie
mit Peitschen geübt, aber sein Nachfolger
(Herr v. Bülow) werde sie mit Skorpionen
züchten. Herrn v. Bülows Lieblingspfeife
seien neugeborene Kinder, und sie würden gut
thun, ihm gleich bei seiner Ankunft eins zu
überreichen. Es sollte das vielleicht ein schlechter
Witz sein, aber die Leute faßten es als Ernst
auf, und als Dr. Baumann Peters darauf

aufmerksam mache, daß, wenn die Leute nun wirklich dieses Opfer brächten, er doch Lügen gestraft würde, meinte er: "Was? Dann muß der Kerl es fressen zur Ehre Deutschlands!" Herr v. Bülow hat nun zwar keine Kinder gefressen, wohl aber den Wilden gegenüber keine milberen Saiten aufgezogen, bis dann die Sache ein Ende mit Schrecken nahm." Das ist genug; ich zitiere nicht weiter. Jedenfalls hat Peters eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen durch sein ganzes unqualifiziertes Vertragen in Ostafrika. Und endlich einmal muß doch die Weitwäsche aufhören."

Ausland.

Italien.

Die Kammer sah am Freitag die Verhandlungen über die Vorgänge in Afrika fort. Martini tadelte streng die afrikanische Politik des früheren Kabinetts Crispis. Aus den der Kammer vom Ministerpräsidenten Rudini vorgelegten Dokumenten geht hervor, daß am 3. März Mocenni Baldissera ermächtigte, Kassala und Adigrat zu räumen, wenn die militärische Lage es verlange. Am 7. März verlangte Baldissera vom Ministerium Instruktionen betr. die Verhandlungen mit dem Negus, und am 8. März beschloß der Ministerrat unter Crispis Vorsitz, Baldissera zu Friedensverhandlungen zu ermächtigen. — Die Angriffe der Crispischen Blätter auf das neue Kabinett wegen der Friedensverhandlungen fallen deshalb auf das Ministerium Crispis zurück. — In der Sonnabend-Sitzung, in der es zu sehr erregten Szenen kam, erklärte Kriegsminister Ricotti feierlich, daß die italienische Waffenehre aus dem Afrikakriege intakt hevorging.

Großbritanien.

Das Unterhaus beschäftigte sich am Freitag mit der Dongola-Expedition. Der liberale Führer John Morley unterwarf die Expedition einer scharfen Kritik und beantragte die Streichung des geforderten Kredits. Morley fordert die Räumung Egypts, die im Interesse Englands liege. Der Weggang aus Egypten sei aber durch den unglücklichen Schritt, den die Regierung jetzt gethan habe, kaum möglich gemacht. Es sei reiner Wahnsinn, 8000 oder 9000 Mann egyptischer Truppen nach Alaschek zu senden, um 10000 Dervische von Dongola zu vertreiben. Wenn die Macht des Khalifen im Zusammenbruch begriffen sei, besthehe keine Gefahr für die egyptische Grenze. Morley beantragte schließlich ein Tadelsvotum. Der Staatssekretär der Kolonien, Chamberlain, erwiderte: Die Hoffnung jedes patriotisch fühlenden egyptischen Staatsmannes war die Wiedereroberung des Sudans. Mit Egypts jetzigen Hilfesquellen ist dies unmöglich; aber es ist ausführbar, seine Grenzen auszudehnen. Die Wüste von Wadi Halsa ist unstrittig eine Schranke gegen die Eroberung Egypts durch die Dervische und zugleich ein Schutz gegen die Einsätze derselben. Die Situation hätte einige Jahre ertragen werden können, wenn nicht die Niederlage der Italiener gekommen wäre. Giele Kassala, so würde der Nachteil für die egyptischen Interessen unberechenbar sein. Der Vormarsch geht bis Alaschek, es ist aber möglich, daß er im Fall eines Angriffs bis Dogla ausgedehnt werden könnte. Die jetzige Politik Englands ist nur auf die unmittelbaren Bedürfnisse Egypts beschränkt. — Der Antrag Morleys wurde schließlich mit 288 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

Afrika.

Nach einer Meldung aus Massauah griffen die Dervische das Fort Sabderat in der Nähe von Kassala an, wurden aber viermal zurückgeschlagen. Hauptmann Heusch zog sich, da er befürchtete, umzingelt zu werden, in das Gebirge zurück.

Wie aus Massauah weiter depeschirt wird, ist das Heer Meneliks im Vorrücken begriffen. Die Lage Adigrats sei unhaltbar. Der Fall des Forts siehe bevor. General Baldissera biete für den Abzug der Garnison dieselben Bedingungen, wie sie bei der Kapitulation Makales ausgemacht waren. Mittlerweise machen die Friedensverhandlungen Fortschritte, ja es scheine sogar der Abschluß nah.

Der Vormarsch der englisch-egyptischen Truppen soll unter den Dervischen Unordnung und Verwirrung hervorgerufen haben. Eine Kairener Depesche der "Daily News" zufolge befiehlt Oberst Huntz Pascha Alaschek ohne Widerstand; er werde wahrscheinlich nach Suarach vorstoßen, wo die nördlichsten Vorposten der Dervische stehen. Es heißt, Osman Digma werde die Gegend von Kassala verlassen und zu den Streitkräften rings um Dongola stoßen. Bestätigt sich die Meldung von dem Abzuge Osman Digmars von Kassala nach Dongola, dann bekommen die Italiener zwischen Kassala und Keren wieder Luft.

Amerika.

Im Senat der Vereinigten Staaten brachte Morgan den gemeinsamen Beschlusshandlung der beiden Kammern ein, durch den die Aufständischen auf Kuba als kriegsführende Partei anerkannt werden. Dieser gemeinsame Be-

schlußhandlung soll an Stelle des gegenwärtig noch schwelbenden besonderen Beschlusshandlung des Senats in dieser Angelegenheit treten. Nach der Verfassung muß ein gemeinsamer Beschlusshandlung dem Präsidenten unterbreitet werden, was bei einem besonderen Beschlusshandlung einer der Kammern nicht der Fall ist. Der Präsident hat sich über einen gemeinsamen Beschlusshandlung innerhalb zehn Tagen zu entscheiden. — Der Wahlausschuß des Senats beschloß einen Änderungsvorschlag zur Verfassung zu befürworten, worin bestimmt wird, daß die Senatorn durch direkte Volksabstimmung gewählt werden sollen.

Provinziales.

Gollub. 20. März. Der Dachdecker F. wurde gestern Abend aus einem Schanklokal hinausgeföhrt, später vor der Thür des Lokals gefunden und nach Hause geschafft. In seiner Wohnung blieb er nächstlicherweise auf der Stubenbiele liegen. Morgens fanden seine Angehörigen ihn als Leiche. Er ist während des Schlafes erstickt.

X. Gollub. 22. März. Im Schaffnaria's Walbe unweit der Grenze jagten ein Gendarm und ein russischer Grenzbeamter mehrere Dieben gestohlene ab. Dabei wurden beide Beamte mit Revolvergeschüssen lebensgefährlich verletzt. — Die Polizeiverwaltung machte gestern das Einfuhrverbot des frischen Schweinefleisches von Russland bekannt. Unter der Arbeitervölkerung ist eine große Bewegung bemerkbar. Fast um die Hälfte ist das Schweinefleisch hier teurer geworden.

d Culmer Stadtneuerung. 22. März. Am 18. d. M. spielten die Kinder des Gutsherrn H. in Wiesenthal auf dem Gutshofe. Dabei neckte das vierjährige Kind den Hund, der sich von der Kette losgemacht hatte. Der Hund griff das Kind an und verlegte es so stark am Kopfe, daß ein Arzt die Wunde vernähen mußte. Lebensgefahr besteht für das Kind nicht. — Am 20. d. abends brach in der Scheune des Besitzers Fels in Oberausmack Feuer aus, dessen Ursache bisher nicht ermittelt ist. Es wurde eine Wagenremise zerstört, einiges Vieh, mehrere Wagen usw. verbrannten. Der Schaden, den der Besitzer erleidet, ist recht bedeutend.

d Culmer Stadtneuerung. 22. März. Der Besitzer Heinrich Rogalski-Culm. Dorfsohn verkaufte gestern sein cr. 40 Morgen großes Grundstück nebst Gebäude und Inventar an Besitzer Rudolf Dechant-Neusäß für den Preis von 19 500 M. — Großes Leben und Treiben herrscht in dieser Zeit auf dem festländischen Holzhofe in Schönau bei Schweiz. Täglich fahren zahlreiche Wagen das über Winter stehen gebliebene Holz ab; recht große Kahnladungen mit Holz gingen in diesen Tagen stromabwärts nach dem Werder, Notebüch, Lindenau usw.

Schweiz. 20. März. Im Herbst vorigen Jahres ließ hier ein fremder Radfahrer bei dem Kaufmann Aug. Knopf ein Zweirad stehen, ohne es bis heute abgeholt zu haben. Der Fremde scheint nicht rechtmäßiger Besitzer des Fahrrades gewesen zu sein und dürfte diese Zellen vielleicht dazu beitragen, dem rechtmäßigen Herrn zu seinem Eigentum zu verhelfen.

Prusk. 20. März. Die Schulungen Reinhold Jahr und Emil Jäger aus Hohenhausen vergnügten sich damit, daß einer dem andern mit einem "Fliegengewicht" in den Rücken schob. Als sich Jahr unverstehens umsag, schob ihm der andere in's linke Auge. Der Verleger wurde in die Augenklinik nach Bromberg gebracht, wird aber wohl die Sehkraft des Auges einbüßen.

Danzig. 20. März. Der Grenadier Gast von der 6. Kompanie des 5. Grenadierregiments stürzte beim Turnen von einem mehrere Meter hohen Querbaum so unglücklich zur Erde, daß er bewußtlos liegen blieb. Man brachte ihn sofort nach dem Garnisonlazarett, doch starb er unterwegs.

Lautenburg. 20. März. Der Herr Oberpräsident hat dem Vorstande des Baterländischen Frauenvereins zur Unterhaltung der Kleintinderschule für die Zeit vom 1. April 1896 bis dahin 1899 eine jährliche Beihilfe von 400 M. bewilligt.

dt. Eylau. 20. März. Die Bewohner der am See- und Flachsee liegenden Ortschaften werden in nächster Zeit eine wesentliche Verbesserung ihrer Verkehrs-Verhältnisse erfahren, indem bei Eröffnung der Schiffsschiffahrt der Kapitän Makmoor mit seinem Dampfer "Emilie" regelmäßige Dampfschiffahrt zwischen Saalfeld und dt. Eylau und zurück unterhalten wird.

Rügenwalde. 20. März. Der seit einiger Zeit wieder im Gange befindliche Radfang war der bisherigen rauen Witterung wegen wenig lohnend, hat aber in den letzten Tagen in Folge der jetzt milderen Witterung mehr eingetragen, jedoch kostet das Pfund frischer Rad noch immer 1,20 bis 1,50 Mark.

Krone a. Br. 21. März. Das Fahrrad bürgert sich so allgemein ein, insbesondere ist seine ausgiebige Benutzung zu praktischen Zwecken erfreulich. Es ist ganz entschieden nachahmenswert, wenn auch die Post die Benutzung dieses "Fahrradmittels" gestattet, wie wir es hier seit einiger Zeit zu beobachten Gelegenheit haben. Allabendlich legt der Postbote, der die Briefsachen von Krone nach der Eisenbahnhaltung Klähheim zu befördern hat, etwa 14 Kilometer langen Weg per Fahrrad zurück, wodurch ihm natürlich die Bewältigung dieser Entfernung bedeutend erleichtert wird.

Gnesen. 20. März. Vom hiesigen Schwurgericht wurden am 31. Januar der Häuslerohn Woyciech Kazmierzak, der Anfang Oktober v. J. zu Racjanowo den Häusler Staszek ermordet hat und der Häusler Kasni, welcher den K. zu dem Morde angestiftet hat, zum Tode verurteilt. Die von ihnen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Lokales.

Thorn, 23. März.

[Personalien.] Besetzt ist der Postassistent Schwarz in Strasburg W./Pr. zur Oberpostdirektion in Danzig. Herr Schwarz ist den meisten Thornern noch durch seine Monatsopern bekannt.

[Die Apotheker gehilfenprüfung] bestand am 20. in Marienwerder Schmidt (Ratsapotheke) aus Thorn mit dem Prädikat "gut".

[Die Prüfung für den Einjährig-Freiwilligen Militärdienst]

welche am 18. und 19. d. M. in Marienwerder abgehalten wurde, bestanden von acht Prüflingen vier, darunter Müller und v. Ponowski aus Thorn.

[In das Margarinegesetz] sind durch die Kommission des Reichstages so rigore Bestimmungen aufgenommen, daß in öffentlichen Versammlungen, Vereinen, Gemeinden usw. sehr energische Beschlüsse gegen den Gesetzentwurf getroffen worden sind. Eine Sammlung dieser Beschlüsse ist bei M. Du Mont-Schauberg, Köln, erschienen, aus welchen hervorgeht, welche große Erregung der Gesetzentwurf in ganz Deutschland hervorgerufen hat.

[Wichtig für Kaufleute und Handlungsgehilfen] ist der folgende, in der "Deutschen Juristenzeitung" mitgeteilte Grundsatz des Kammergerichts: Als mutmaßliche Willensmeinung der Parteien ist anzunehmen, daß der auf Probe angestellte Handlungsgehilfe je erzeit entlassen werden kann. Das Bestehen einer solchen Abrede hat derjenige, der sie behauptet, zu beweisen. Denn auch bei einem Engagement auf Probe liegt ein fester, unbedingter Anstellungsvertrag vor, der nur die Eigentümlichkeit hat, daß die gesetzliche Kündigungsfrist nicht stattfindet.

[Eine Petition der Landgemeinde Möder] wurde am Sonnabend vom Abgeordnetenhaus der Regierung als Material überwiesen. Dieselbe geht auf Ergänzung des § 53 des Komunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 dahin, daß, wenn der Wohnsitzgemeinde durch den in einer anderen Gemeinde stattfindenden Betrieb von Berg- oder Salzwerken, Fabriken oder Eisenbahnen und anderen Betrieben nachweisbar Mehrausgaben für Zwecke öffentlichen Volksschulwesens, der Polizei und der Gemeindeverwaltung erwachsen, sie berechtigt sei, von der Betriebsgemeinde einen angemessenen Zuschuß zu verlangen.

[Entschädigungen der Visitirfrauen] die zur Untersuchung von Personen weiblichen Geschlechts, die in dem Verdacht stehen, geschmuggelte Sachen unter ihren Kleidern verborgen zu halten, angestellt sind. Es ist zur Sprache gekommen, daß in Bezug auf die Verrechnung der Entschädigungen der Visitirfrauen verschieden verfahren wird. Während in dem einen Bezirk die Kosten der körperlichen Untersuchung auf Grund des § 497 der Strafprozeßordnung den Defraudanten zur Last gelegt und als Prozeßkosten verrechnet werden, sobald die Untersuchung zur Feststellung einer Defraudation geführt hat, wird in einem anderen Bezirk die Zahlung ohne Unterschied, ob die Untersuchung das Ergebnis eines Prozesses gehabt hat oder nicht, auf Staatsrechnung geleistet. Zur Herstellung eines gleichmäßigen Verfahrens hat gegenwärtig der Finanzminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler bestimmt, daß die Entschädigungen der Visitirfrauen den Defraudanten nicht zur Last zu legen sind, weil die im Zollinteresse erfolgende körperliche Untersuchung in erster Linie als eine Revisionshandlung und nicht als eine Vorbereitung der öffentlichen Klage im Sinne des § 497 der Strafprozeßordnung anzusehen ist.

[Der Hauptvorstand des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken] hat die Einrichtung eines Stipendienfonds für deutsche Handwerker und Bauernsöhne zum Besuch von Fachschulen und landwirtschaftlichen Winterschulen beschlossen.

[Durch kriegsgerichtliches Erkenntnis] des lgl. Gouvernementgericht Thorn wurde Seconde-Lieutenant Bernhard Höhnel vom Infanterie-Regiment Nr. 21, der vor längerer Zeit, nachdem er mehrerer Sittlichkeitsverbrechen beschuldigt war, verschwand, für fahnenflüchtig erklärt und zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt.

[Überproduktion von Korbweiden.] Die Fachzeitschrift "Korbindustrie und Weidenzeitung" gibt den Bedenken Ausdruck, welche die Absicht der Regierung, Staatsunterstützungen zur Förderung des Weidenbaues zu gewähren, hervorrufen muß. Die Regierung hat für Ost- und Westpreußen solche Subventionen zugesagt, namentlich auch Zahlung des Gehalts für einen Weidenbau Lehrer, der die Landwirte unterrichten sollte, wie Weiden zu pflanzen und zu verwerten sind. Letzteres wäre nützlich, wenn dazu ein praktischer Weidenzüchter berufen würde. Aber wahrscheinlich werde man irgend einen verkrachten Landwirt anstellen, dessen Kenntnisse von der Weidenkultur darin bestehen, daß er die Broschüre des Herrn Förster gelesen hat. Solche Vorträge seien vor einiger Zeit in der Nähe von Graudenz gehalten worden. Durch solche Vorträge würden Weidenpflanzungen hervorgerufen, für welche gar kein Bedürfnis vorhanden ist. Um die Überproduktion zu be seitigen, beabsichtigt man dann wieder Korbweiden zu errichten. Vergleichbar hätten die Zinungen dagegen protestiert, weil dadurch wiederum eine künstliche Konkurrenz hervorgebracht würde. Man wolle freilich durch eine solche Hausindustrie Leute an das Land fesseln, derart, daß sie im Sommer auf dem Lande

arbeiten und im Winter Körbe machen. Über diese Leute, die im Sommer auf dem Felde arbeiten, werden niemals etwas Lütziges leisten und könnten höchstens grüne Kartoffelkörbe oder Packkörbe machen. Was davon in der Provinz selbst gebraucht wird, wird schon jetzt an der Weichsel im Wege der Hausindustrie und meistenteils von gestohlenen Weiden angefertigt. Einer Versendung solcher Waren in entfernter Gegenen steht jedoch der Sperrleistungtarif für Korbwaren im Wege. Auch selbst bei ermäßigten Frachten wäre an einen Verband solcher wertlosen Waren nicht zu denken, da an der Oder und Elbe dieselben Zustände herrschen wie an der Weichsel, und dort grüne Körbe zu Preisen angefertigt werden, welche jede Konkurrenz von entfernter Gegenden ausschließen. Würde man aber seine Korbwaren anfertigen wollen, so würden sich in Westpreußen schwerlich Leute finden, welche zu so niedrigen Preisen arbeiten wollten, wie dies in Bayern üblich ist.

[Die evangelische Gemeinde in Boppo], die aus 2000 Seelen gegenüber einer doppelten Anzahl von Katholiken besteht, befindet sich in der bittersten Not. Das kleine Beihaus reicht mit seinen 210 Sitzplätzen für die kirchlichen Bedürfnisse lange nicht aus, es fällt kaum die Hälfte der heimischen Kirchenbesucher. In der Badezeit ist das Gedränge in der Kirche oft so groß, daß es die Andacht stört, und Viele müssen vor der überfüllten Kapelle umkehren. Allerseits und besonders auch von der kirchlichen Behörde wird anerkannt, daß der Bau einer großen und würdigen Kirche in der Diaspora und am Badeort dringend Bedürfnis ist. Die Gemeinde hat ihre Opferfreudigkeit in hohem Maße beladen und durch freiwillige Gaben einen Baufonds von ca. 20 000 Mark angesammelt. Der Bauplatz und das Bauprojekt wurden ihr geschenkt. In Würdigung dieses Strebens der Gemeinde nach einem ausreichenden Gotteshause und der dauernden Belastung von 33 $\frac{1}{3}$ der Einkommenssteuer als Kirchensteuer hat der Minister des Innern eine Haushaltssumme in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien genehmigt.

[Verein der Ost- und Westpreußen] aus Leipzig wird der "Danz. Ztg." benachrichtigt: Eine Vereinigung hier lebender Ost- und Westpreußen hat sich unter dem Namen „Altpreußen“ zu einer Gesellschaft konstituiert, die neben der Förderung geselligen Verkehrs unter den Landsleuten auch die Pflege und den Austausch heimatlicher Interessen beweckt. Die Versammlungen der Altpreußen finden jeden Montag Abend 9 Uhr in dem Colonnadenzimmer des Panoramas statt und wollen hier wohnende Landsleute, welche sich dem Verein anschließen wollen, sich bei einem der Vorstände oder Mitglieder und zahlreiche Anmeldungen von neuauftretenden Landsleuten, die alle in Leipzig ihren Wohnsitz haben, lagen dem Vorstande noch vor. Als eine der ersten Aufgaben seiner Tätigkeit beabsichtigt der Verein „Alt-preußen“ eine Aufführung zur Veranstaltung einer Extrafahrt von Sachsen aus zur diesjährigen Danziger Ausstellung und über Marienburg nach Königsberg hin.

[Die diesjährige Konzert-Saison] bringt uns zum Abschluß noch ein Konzert, welches ein außergewöhnliches Interesse erregen dürfte. Die hier besetzte und beliebte Harfenvirtuosin Frl. Frida Girod wird am Donnerstag im Artushofe ein Konzert veranstalten. „Diese außerordentliche Künstlerin“ — so schreiben die Dresdener Nachrichten — ist die Tochter des ehemaligen beliebten Musikdirektors Girod, eine geborene Musikerin von hervorragendem Talente. Ihr Ton ist von wirklicher Größe, die Technik bewunderungswürdig, und ganz besonders auffallen werden ihre Vorträge durch die seltene Kraft und Energie der Ausführung und die durchaus poetische Bearbeitung des Instruments. Ein Probispiel vor den Berliner Hof-Kapellmeistern hat Frl. Girod übrigens sofort eine Einladung des Grafen Hochberg für ein Hof-Konzert vor Sr. Majestät dem Kaiser eingetragen.“ — Bezüglich des Programms des Konzerts, an welchem Herr Kantor Grobaki und die Kapelle des Inf.-Reg. Nr. 61 unter Leitung ihres Stabshoboisten Herrn Rieck mitwirken wird, sei auf den Inserraterteil verwiesen.

[Die von der Thorner Liedertafel] am Sonnabend in den Sälen des Artushofes begangene Feier ihres 52jährigen Bestehens nahm einen würdigen Verlauf und hatte sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Eingeleitet wurde die Feier durch die von der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 21 gespielte Ouvertüre zur „Iphigenie auf Aulis“ von Gluck, worauf die Konzertsängerin Frl. Emmy Schulz - Berlin drei Lieder für Soprano „Heimweh“ von Brahms, „Ständchen“ von Rich. Strauss und „Wiegenlied“ v. H. v. Boß vortrug. Es folgte dann Brambachsche Tongemälde „Velleba“ für C

Philip Eikan Nachfolger

Inhaber **B. Cohn.**

Specialwoche

Flache Speiseteller, gerippt, Stück **20 Pf.**

Milchtöpfe, Garnitur zu 6 Stück, Garnitur **2 M. 45 Pf.**

Limonadenservice, Nickeltablett mit 6 bunten Gläsern, **2 M. 30 Pf.**

Garderobenhalter

mit 3 Hornhaken **1 M. 65 Pf.**

Rahmservice,

prachtvolles Geschenk, **2 M. 30 Pf.**

Sonnenschirme! Nur Neuheiten
Saison 1896

Sonnenschirme!

Am 21. d. Mts. verunglückte unser
guter Sohn, Bruder und Neffe
Wilhelm Zittlau
im Alter von 21 Jahren.
Thorn, den 23. März 1896.
Tiefbetrübt zeigen dieses an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 24. Nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr vor der
St. Georgen-Leichenhalle aus statt.

Ordentliche Sitzung
der Stadtverordneten-
Versammlung
Mittwoch, den 25. März d. J.,
Nachmittags 3 Uhr.
Tagesordnung:

1. Betr. die Nachweisung der gegen den Etat der Schlachthaus-Kasse für 1895/96 bereits entstandenen und voraussichtlich noch entstehenden Überschreitungen.
2. Betr. desgl. der gegen den Etat der Kämmerei-Kasse für 1895/96 bereits entstandenen und noch entstehenden Überschreitungen, sowie der nach bewilligten Ausgaben.
3. Betr. Erlass der Rückzahlung von Waisengeld.
4. Betr. die Wiederherstellung eines der Frau Schweizer gehörigen Baunes in der Fischerstraße.
5. Betr. eine Ordnungsstrafe.
6. Betr. die Anstellungsbedingungen für den neuen Stadtbaurath.
7. Betr. Ausstattung des Meisterzimmers im Schlachthaus-Gebäude.
8. Betr. das Geuch eines Grazer Ausschusses um Bildung eines Unterstützungsbeitrages.
9. Betr. die Vergabeung der Lieferung von Buchbaumwolle (Bauamt II).
10. Betr. die Festsetzung der Preise für erhöhten Wasserverbrauch.
11. Betr. die Annahme eines Dienstmädchen im Stechenhause.
12. Betr. Vergabeung der Arbeiten zur Isolierung von Dampfleitungen auf dem Klärwerk.
13. Betr. Zuschlagsbertheilung für die Kohlenlieferung für das Schlachthaus.

Thorn, den 21. März 1896.
Der Vorsitzende
der Stadtverordneten-Versammlung,
gen. Boethke.

Handelskammer
für Kreis Thorn.
Sitzung
Dienstag, den 24. März,
Nachmittags 4 Uhr
im Bureau der Handelskammer.

Ausstellung u. Verkauf
fertiger
Holzschnizereien
Hôtel „Drei Kronen“.
Else Kroeber geb. Gené.



Zwangsvorsteigerung.
Dienstag, den 24. März er.
Nachmittags 2 Uhr
werde ich beim Bäckermeister Kostro in
Möckern, Lindenstraße,
ein Spazierschlitten nebst
Kästenauflauf, zum Arbeits-
schlitten verwendbar,
versteigern.
Thorn, den 22. März 1896.

Sakolowski, Gerichtsvollzieher.

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung“, Verleger: M. Schirmer in Thorn.

Freiwillige Auction!
Sämtliche Wirtschaftsfachen sind
vom 24. d. M. Gersteustr. 8 zu verlaufen.
Rupinski.

„Concordia“ in Möckern.
Donnerstag, den 26. März er. Abends 8 Uhr
Besprechung der Erstwahlen zur
Gemeindevertretung.
Hierzu werden die Wähler der 2. u. 3. Ab-
teilung eingeladen.

1. u. Wohn. nebst Pferdestall von sofort
zu vermieten. Brombergerstraße 88.

E. F. Schwartz.

Artushof.

Donnerstag, den 26. März:

Künstler-Concert,

gegeben von der Harfen-Virtuosin Fräulein Frida Girod,

Herrn Cantor P. Grodzki

und der Kapelle des Infanterie-Regiments v. d. Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61 unter Leitung ihres Stabshoboisten Herrn K. Rieck.

PROGRAMM:

1. Ouverture zu Shakespeare's „Sommernachtstraum“ von Mendelssohn.
2. „Im Sonnenschein“, Fantasy für Harfe von Oberthür.
3. Ein Thé dansant bei fliegenden Holländern von Wagner-Müller Berghaus.
4. B-dur-Fantasy für Harfe von Parish Alvars.
5. Einleitung zur „Doreley“ von M. Bruch.
6. Romanze für Harfe von Pönicz.
7. III. Satz mit gemischem Chor aus der „Patriotischen Symphonie“ von P. Grodzki.

Aufang 8 Uhr.

Billets zu nummerirten Plätzen a 1,75 M., zu Stehplätzen a 1,00 M.,
find von heute ab in der Buchhandlung des Herrn E. F. Schwartz
zu haben. An der Abendkasse nummerirte Bläse 2,00 M., Stehplätze 1,25 M.

Zum ersten Mal in Thorn.
Schützenhaus.
Edison's vollendet
Phonograph.

Musikstücke, Reden oder Lieder, gesungen
von dieser Sprechmaschine, anzuhören, per
Stück 10 Pfg.
Geöffnet von Vormittags 11 Uhr bis
Abends 10 Uhr.

Restaurant Reichskrone.
Dienstag, den 24. er.
Großes Freiconcert mit
humoristischen Vorträgen.
Zu den bevorstehenden

Confirmationen

alte mein Lager in
Gesangbüchern,
Geschenklitteratur,
Spruchkarten, Wandsprüchen,
Gedenkbüchelchen,
bestens empfohlen.

Größtes Lager in über-
raschend schöner gediegener Auswahl.
E. F. Schwartz.

Zum Besten des Lehrerinnen-
Unterstützungs-Bereins

Dienstag, den 24. d. Mts.,
Abends 8 Uhr
in der Aula des Gymnasiums:

Vortrag

des Herrn Pfarrer Hänel:
„Skizzen aus Rom“.

Billets a 75 Pfg. und Stehplätze
a 50 Pfg. sind in der Buchhandlung von
E. F. Schwartz zu haben.

Helene Freytag, Lina Panckow,
Warda, Kittler, Nadzielski.

Kaufmännischer Verein.

Donnerstag, d. 26. März
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokale des Herrn Voss:

Generalversammlung

Tagesordnung:
Wahl des Vorstandes und der Rechnungs-
revisoren.

Der Vorstand.

Der Gesamt-Auflage heutiger
Nummer liegt eine Extra-Beilage bei,
betreffend Todessall der verw. Frau
Auguste Bestvatter, geb. Schwartz.

Hierzu eine Beilage.